Bürgerverein Heuchelhof e.V.
www.buergerverein-heuchelhof.de

Bürgerverein Heuchelhof 3.2.2014

Bürgerstimme Nr. 15 zum A3-Würzburg-Tunnel

**Bürgerbegehren zum A3-Ausbau einstimmig angenommen**

Stadtratssitzung am Donnerstag, 23. Januar 2014: Die Sitzung beginnt mit einem nichtöffentlichen Teil, der nur fünf Minuten dauert und in dem beschlossen wird, **zwei Tagesordnungspunkte** vorzuziehen, und zwar zunächst einen Bericht der Autobahndirektion, dann Beratung und Beschluss über das Bürgerbegehren. Das Zuschauerinteresse ist größer als normal, allerdings mühen sich einige nicht Eingeweihte vergeblich, aus dem Gesagten zu erkennen, was da eigentlich läuft.

Da ist die **bayrische** Bau**behörde**, die mit Macht und List sich ihren Weg bahnt, verkörpert heute durch Herrn Pirner, den Präsidenten der Autobahndirektion Nordbayern am Rednerpult, und seinen Planungschef Herrn Arndt. Hinten, auf den Zuschauerplätzen sitzen einige **Bürger**, die nach langem mühsamen Suchen und Abwägen zu dem Ergebnis gekommen sind, dass die Amtstrasse ein **Irrweg** ist; dazwischen auf ihren Stühlen die Stadträte, fast vollzählig versammelt; rechts sitzen neben den Stadträten an einem eigenen Tisch Pressevertreter, und vor der Wand mit den Gemälden von Wolfgang Lenz sitzt Bürgermeister Dr. Bauer, umgeben von Referenten und Fachleuten.

Was wollen diese **Bürger**, die sich extra für diese Veranstaltung freigenommen haben? Sie wollen, dass nicht die Trogtrasse, sondern der Würzburg-Tunnel gebaut wird. Sie wollen für die Menschen in Würzburg und Umgebung eine zukunftsfähige Lösung. Sie streiten gegen die Baubehörde, die für die Kraftfahrer aus ganz Europa handelt und behauptet, die Sorge für gute Umweltbedingungen und Stadtentwicklungsmöglichkeiten in Würzburg sei nicht bezahlbar (siehe dazu Bürgerstimme Nr.14).

Bauherr ist eigentlich der **Bund**. Er bezahlt, aber seine Handlungsvollmacht hat er großenteils an den Freistaat Bayern abgegeben. Bürgerbegehren sind beim Bund nicht vorgesehen. Ein Bürgerbegehren in Bayern ist nicht sinnvoll, weil sich die meisten bayrischen Bürger von dieser Baumaßnahme nicht betroffen fühlen. Deswegen richtet sich das Bürgerbegehren an den Rat der **Stadt** Würzburg: Er soll allen politisch sinnvollen Einfluss für den Würzburg-Tunnel geltend machen und jegliche Unterstützung der Amtstrasse verweigern, soweit das rechtlich zulässig ist.

Präsident Pirner dankt als erstes ausdrücklich für die Einladung, hier den aktuellen Stand des umstrittenen Bauabschnitts vortragen zu dürfen und wirft seine Power-Point-Präsentation auf die riesige Leinwand, die an der linken Balkonbrüstung hängt. Hat er sich selber eingeladen? Um sich darum zu kümmern, dass die Räte bei der Stange bleiben? Er referiert über geänderte Planung der Talbrücke, Termine (Ende 2019 soll jetzt alles fertig sein), Überwachungstechnik im Trogtunnel und erklärt, im Herbst 2013 habe der Verkehrsminister die **Mittel** für den Bau **freigegeben**.

Wie das zustande gekommen ist, erklärt er allerdings **nicht**. Unsere Nachforschungen ergaben, dass im letzten Bundeshaushalt keine Mittel für die Hauptbauarbeiten in Würzburg in 2013 und 2014 vorgesehen waren. Der Trick sei, dass Bayern aus Instandhaltungsmitteln und aus anderen Projekten umgeschichtet hat. Gezielt darauf kam vor einem halben Jahr die Meldung, die Talbrücke Heidingsfeld, der 2011 noch ein guter Zustand attestiert worden war, könne jetzt nur noch kurze Zeit uneingeschränkt genutzt werden.

Auf die Frage der Stadträtin Dr. Bötsch, ob der Vertrag über die Beteiligung der Stadt an den Kosten des Trogdeckels **neu verhandelt** werden könne, antwortet Pirner mit einem coolen Nein (Fällt das in seine Kompetenz?). Den Folgen einer Blockade könne man mit einer Vorfinanzierung begegnen, und wenn Grundstücke nicht verfügbar seien, werde man mit technischen Alternativen oder gerichtlichen Besitzeinweisungen kontern, ergänzt er freundlich auf die Nachfrage von Stadträtin Miethaner-Vent. Zwischenrufern aus den hinteren Zuschauerreihen droht Versammlungsleiter Dr. Bauer mehrfach Saalverweis an. Als Protest gegen eine besonders obrigkeitlichen Äußerung Pirners schreitet OB-Kandidat Baumann vom Zuschauerraum zur Tür.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt berichtet Referent Kleiner, dass seine Prüfung 5692 gültige Unterschriften, also eine ausreichende Anzahl, gezählt habe. Für eine Ablehnung des Bürgerentscheids wegen unzulässiger Formulierungen könne er keine Gründe finden, in Grenzfällen würden Gerichte ohnehin eher bürgerfreundlich entscheiden. Er beantrage deshalb, den **Bürgerentscheid** auf 13. April 2014 **festzusetzen**. Das koste zwar mehr Geld als eine Zusammenlegung mit der Stadtratswahl am 16. März, aber eine solche Zusammenlegung sei nur in Ausnahmefällen zulässig.

Wenig bürgerfreundlich findet Stadtrat Kolbow diesen Termin in den Osterferien und schlägt statt dessen den 6. April vor. Kleiner weist auf die Briefwahl hin und behauptet, dies sei auch der Grund, warum seine MitarbeiterInnen mehr Zeit brauchen.

Bisher unbekannte Details verraten Stadträtin Dr. Beckmann und Stadtbaurat Professor Baumgart: Im Lenkungsausschuss hätten Vertreter der bayrischen Staatsregierung als Kompensation für die städtische Beteiligung an den Kosten des Trogdeckels mehr Fördermittel für andere städtische Projekte, z.B. beim Ausbau des ÖPNV versprochen. Der Stadtbaurat weiß von einer Initiative des Landtagsabgeordneten Halbleib bei Bund und Land für den Würzburg-Tunnel, die gescheitert sei.

Stadtrat Schmitt glaubt: "Wir können unsere Entscheidungen nicht mehr ändern", und Stadtrat Spatz will den Menschen schon einmal die "bittere Wahrheit" über den A3-Ausbau mitteilen. Die Zuschauer fragen sich, **wessen Interessen** die von ihnen gewählten Stadträte vertreten.

Stadtrat Grünwedel "wurde stutzig, als OB Rosenthal allein der Autobahndirektion Bauerlaubnis erteilte". Stadtrat Weber nähert sich dem Kern des Konflikts, indem er Pirner vorwirft, die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen und noch in den Kategorien der Fünfziger Jahre zu denken, und er empfiehlt ihm einen Blick auf den Straßenbau in Österreich. Das kommt bei den Zuschauern an, die sich an den Prinzipien der Bauverwaltung reiben: Auf der einen Seite wird **viel Geld** für den Neubau der vier Anschlussrampen von Westen an die B19 **ausgegeben**, weil der Radius der vorhandenen Linksabbiegerkurven ein paar Meter zu klein ist, und dafür wurde vor kurzem auch noch wegen der hohen Böschungen eine große Menge bisher schützender Gehölze geopfert. Auf der anderen Seite mogelt man sich an dem **Feinstaubproblem** der Stadt vorbei, indem man die Untersuchung der Tage mit Inversionswetterlage einfach unterlässt (siehe Bürgerstimme Nr.3), denn die würde ein eindeutiges Kriterium für den Würzburg-Tunnel liefern.

Der Vorsitzende erkennt, dass weitere Worte überflüssig sind. Mit den Worten "Wer ist gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung?" lässt er abstimmen. Keine Hand erhebt sich. Er stellt fest "Einstimmig angenommen" und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

Der Bürgerverein hat in den letzten Jahren die Argumente für und gegen den Würzburg-Tunnel sorgfältig geprüft und die Ergebnisse in bisher 13 Stellungnahmen und 14 Bürgerstimmen veröffentlicht (www.buergerverein-heuchelhof.de). Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass der

Tunnel den Vorzug verdient. Der Bürgerentscheid am 13.4. wird uns zeigen, ob auch eine Mehrheit in der Würzburger Bürgerschaft das so sieht. Wenn gleichzeitig Rechtsanwalt Baumann und seine Mitstreiter die Schwächen der Trogtrasse vor Gericht nutzen und damit die Autobahndirektion bremsen, gibt es einen Handlungsdruck auf die Politik und eine Chance auf Verwirklichung des Tunnels.

Christiane Kerner und Hermann Wördehoff